

Was bisher geschah:

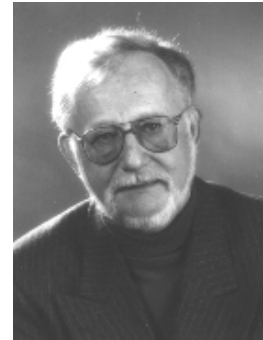
Gezielt lancierte Studienergebnisse für ein gigantisches Lügenmärchen.

Heute:

Endlich rückt die verantwortungsbewusste Wissenschaft krumme Touren gerade.

„Wer unfreiwillig Spuren von Tabakrauch aufnimmt, wird daran bestimmt nicht sterben“

Prof. Dr.-Ing. Günter Ropohl ist Wissenschafts- und Technikphilosoph und lehrte bis 2004 an der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main.



Das Thema Passivrauchen wird zurzeit zu einem der großen Probleme Deutschlands hochstilisiert. Politiker aller Couleur überbieten sich in ihren Forderungen nach Rauchverboten in der Öffentlichkeit. Das Deutsche Krebsforschungszentrum in Heidelberg legte kürzlich unter dem Titel „Passivrauchen – ein unterschätztes Gesundheitsrisiko“ eine Studie vor, mit der sich der anerkannte Wissenschaftler Professor Dr. Günter Ropohl nachfolgend kritisch auseinandersetzt.

In der Studie des Deutschen Krebsforschungszentrums in Heidelberg wird behauptet, dass jährlich 3301 Menschen an den Folgen des „Passivrauchens“ sterben, also aufgrund der unfreiwilligen Aufnahme von Tabakrauch aus der Umgebung. Es sollen exakt 3301 Menschen sein, nicht 3200, auch nicht 3400, nein: genau dreitausenddreihundert und einer! Freilich beruht diese Zahl nicht auf sorgfältig erhobenen wirklichen Erfahrungsdaten. Vielmehr hat man sie aus den verschiedensten Statistiken mit kühnen Schätzwerten spekulativ „hoch“ gerechnet. Trotzdem begründen die Verfasser mit diesem fragwürdigen Resultat höchst weitreichende politische Forderungen. In allen öffentlichen Räumen und Verkehrsmitteln, besonders auch in allen Gaststätten und Eisenbahnzügen, soll ein totales Rauchverbot verhängt werden.

Den Verfassern scheint nicht klar zu sein, dass sie mit ihrer Forderung einem Drittel ihrer Mitmenschen ein Stück Lebensgenuss wegnehmen und sie von der Teilhabe am öffentlichen Leben ausschließen, also in ihrer Persönlichkeitsentfaltung einschränken wollen. Darin liegt die verfassungspolitische Brisanz der Untersuchung.

Eigentümlicherweise macht die Heidelberger Studie, die sich zunächst auf die erwähnte Befragung bezieht, ohne Begründung wenige Seiten später daraus „35 Millionen passivrauchbelasteter Erwachsener“

Nach einer repräsentativen Befragung des Berliner Robert Koch-Instituts sind Passivraucher Menschen, die folgende Frage bejaht haben: „Halten Sie sich tagsüber oder abends häufiger in Räumen

auf, in denen geraucht wird?“ Was hier „häufiger“ bedeutet und wie stark in solchen Räumen geraucht wird, scheint nicht geklärt worden zu sein. Da wird zwar von einer künstlichen Versuchsanordnung berichtet, bei der in einem zwölf Quadratmeter großen Raum gleichzeitig zehn Zigaretten abgebrannt werden, aber diese Experimentalsituation ist natürlich völlig unrealistisch. Doch ist auch derjenige ein

„Passivraucher“, der einmal die Woche in einem geräumigen, gut belüfteten Lokal ein paar Tische weiter jemanden rauchen sieht?

Ohne derartige Unterscheidungen in Betracht zu ziehen, schließt jenes Institut aus der Befragung, dass „mehr als 20 Millionen Nichtraucher den Gefahren des Passivrauchens ausgesetzt sind“.

Eigentümlicherweise macht die Heidelberger Studie, die sich zunächst auf die erwähnte Befragung bezieht, ohne Begründung wenige Seiten später daraus „35 Millionen passivrauchbelasteter Erwachsener“. Welch wundersame Vermehrung! Tatsächlich ist weder die eine noch die andere Angabe über die Anzahl mutmaßlicher „Passivraucher“ seriös, einfach darum, weil die höchst unterschiedlichen Raucheinflüsse auf Nichtraucher nicht mit der gebotenen Sorgfalt differenziert werden.

Aber auf das Ausmaß der tatsächlichen Raucheinflüsse kommt es angeblich gar nicht an. Es wird nämlich in der Untersuchung behauptet, dass es dafür keinerlei Unbedenklichkeitsgrenzen gäbe; noch die denkbar geringsten Schadstoffanteile könnten den menschlichen Organismus schädigen.

Unterstellt man die anfangs genannte Zahl von 20 Millionen „Passivrauchern“, ergeben sich für die Spanne vom 20. bis zum 80. Lebensjahr rund 333 000 „Passivraucher“ in jedem Jahrgang. Die errechnete Anzahl von Todesfällen pro Jahr macht dann weniger als ein Prozent der „Passivraucher“ aus, ein Anteil, der unterhalb statistischer Vertrauensgrenzen liegt.

Diese Behauptung widerspricht der anerkannten Lehre der Toxikologie (der Wissenschaft von den Giftstoffen), die schon Paracelsus im 16. Jahrhundert auf den Begriff gebracht hat: „Jeder Stoff ist Gift, es kommt aber auf die Dosis an“.

Sind schon die Voraussetzungen der Heidelberger Untersuchung höchst anfechtbar, steht es um die Aussagefähigkeit ihrer Ergebnisse kein bisschen besser. Unterstellt man die anfangs genannte Zahl von 20 Millionen „Passivrauchern“, ergeben sich für die Spanne vom 20. bis zum 80. Lebensjahr rund 333 000 „Passivraucher“ in jedem Jahrgang. Die errechnete Anzahl von Todesfällen pro Jahr macht dann weniger als ein Prozent der „Passivraucher“ aus, ein Anteil, der unterhalb statistischer Vertrauensgrenzen liegt.

Die „Passivraucher“-Mortalität beträgt nach Heidelberger Berechnungen in diesem Lebensabschnitt ebenfalls rund 53 Prozent, ist also identisch mit der allgemeinen Sterbehäufigkeit.

Aber es kommt noch stärker: Die Menschen, die angeblich am „Passivrauchen“ sterben, ereilt der Tod nicht in jedem Jahr ihres Erwachsenenlebens mit derselben Häufigkeit. Bis zum 65. Lebensjahr sind es,

nach Angaben der Untersuchung gerade mal 13 Prozent. Aus den Sterbetafeln des Statistischen Bundesamtes kann man allerdings entnehmen, dass in diesem aktiven Lebensabschnitt insgesamt fast 19 Prozent der Gesamtbevölkerung sterben, also deutlich mehr als unter den „Passivrauchern“. Für die zwanzig Lebensjahre zwischen dem 65. und dem 85. Geburtstag gibt die allgemeine Sterbestatistik einen Anteil von rund 53 Prozent der Todesfälle an. Die „Passivraucher“-Mortalität beträgt nach Heidelberger Berechnungen in diesem Lebensabschnitt ebenfalls rund 53 Prozent, ist also identisch mit der allgemeinen Sterbehäufigkeit. Angesichts dieses Vergleichs, den die Heidelberger Studie bezeichnenderweise unterlassen hat, von einem besonderen Todesrisiko der „Passivraucher“ zu sprechen, ist geradezu abenteuerlich.

Nicht zuletzt leidet die Untersuchung vor allem unter dem Fehler, eine bestimmte Erkrankung allein mit einer einzigen Ursache erklären zu wollen. Dabei ist eine eindeutige Wirkursache für krankhaftes Zellwachstum bis heute nicht bekannt; sonst hätte man doch längst entsprechende Gegenmittel entwickeln können.

Einen einzelnen Faktor aus diesem Systemzusammenhang zu isolieren und allein daraus eine bestimmte Erkrankung oder gar den sicheren Tod prognostizieren zu wollen, ist nach seriösen wissenschaftlichen Maßstäben unmöglich.

Zugegeben: Für den Lungenkrebs ist bekannt, dass die meisten Fälle bei Rauchern auftreten, aber umgekehrt sterben fast 90 Prozent der Raucher nicht daran; seltsamerweise wird

diese Zahl öffentlich nie genannt. Schon daran sieht man, dass Tabakrauch, selbst wenn man ihn aktiv konsumiert, nur ein statistisches Risiko, nicht aber eine zwangsläufige Todesursache bedeutet. Wenn hingegen nur gelegentlich winzige Tabakspuren aufgenommen werden, liegt, wie gesagt, das angebliche „Risiko“ unterhalb der Schwelle statistischer Aussagekraft.

Das gilt auch für die Herz-Kreislauf-Erkrankungen, denen die Heidelberger Studie ohne jeden empirischen Beleg den größten Teil der „passivrauchbedingten Todesfälle“ – genau 2 148 pro Jahr! – zurechnet. Überhaupt müsste die Medizin einräumen, dass die meisten Erkrankungen Systemeffekte sind, die sich aus dem Zusammenwirken verschiedener Faktoren ergeben. Einen einzelnen Faktor aus diesem Systemzusammenhang zu isolieren und allein daraus eine bestimmte Erkrankung oder gar den sicheren Tod prognostizieren zu wollen, ist nach seriösen wissenschaftlichen Maßstäben unmöglich. Trotzdem breiten die Heidelberger gesundheitspolitische Forderungen aus, die nicht mit Tatsachenbefunden begründet werden, sondern mit bloßen Rechenspekulationen. Damit wollen sie Millionen von rauchenden Menschen die Freiheit nehmen, über ihre Lebensqualität selber zu bestimmen; und sie wollen den Rauchern die Teilnahme an öffentlicher Geselligkeit und Mobilität versagen. Mit einem Wort: Sie wollen mit ihrer Gesundheitshysterie verfassungsmäßige Grundrechte außer Kraft setzen.

Raucher aller Länder, vereinigt euch! Nichtraucher haben ein Recht darauf, nicht von Tabakrauch belästigt zu werden; aber Raucher haben auch ein Recht darauf, überall humane Raucherbereiche anzutreffen. Die verbissene Tabakbekämpfungs-Lobby versucht mit allen Mitteln, die Raucher zu Aussätzigen zu machen, die auszumerzen sind. Wenn diesem undemokratischen Treiben ein Ende bereitet werden soll, müssen sich auch die Raucher organisieren. Nur mit einem mitgliederstarken Verein wird es ihnen gelingen können, ihre verfassungsmäßigen Rechte zu wahren.

Das ganz große Geschäft mit den Rauchern macht im übrigen vor allem der Staat. Die rauchenden Menschen zahlen jährlich 14 Milliarden Euro an Tabaksteuer, jeder Einzelne im Durchschnitt rund 800 Euro im Jahr. Statt diese Summe im allgemeinen Haushalt untergehen zu lassen, muss der Staat verpflichtet werden, daraus bauliche, Lüftungstechnische und organisatorische Maßnahmen zu finanzieren, die Nichtrauchern und Rauchern annehmbare Bedingungen gewährleisten. Aber die rauchenden Menschen gleich zweifach zu diskriminieren, indem man ihren Genuss einerseits hoch besteuert und andererseits allerorten verbieten will, ist eine rechtsstaatliche Perversität.